74. Jahrgang. Nr. 369 Freitag, 8. August 1930

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25241
Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle:
Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.40 Mk. (einschließlich 80 Pfg. für Trägerlohn), durch die Post 3.40 Mk. einschließlich 96 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr). Einzelnummer 10 Pfg., außerhalb Dresdens 15 Pfg. Anzeigenpreis: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. Offertengebühr 50 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung

Druck u. Verlag: Dietzsch & Reichardt, Dresden, Postscheck-Kto. 1068 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Offiziersdenkschrift an Tardieu

Gegen die Verständigung mit Deutschland

Paris, 7. August. Eine Abordnung des Verbandes der französischen Reserveoffiziere überreichte Tardieu eine Denkschrift über die Sicherheitsfrage und die französische Außenpolitik. In dieser Denkschrift heißt es unter anderem, während Frankreich und seine Verbündeten den großartigsten militärischen Sieg über Deutschland davongetragen hätten, sei es Deutschland gelungen, den großartigsten diplomatischen Sieg über Frankreich zu erringen. 1921 seien die Leistungen Deutschlands an Frankreich auf 68 Milliarden Goldmark festgelegt worden. Der Youngplan habe 1930 die deutsche Schuld an Frankreich auf 20 Milliarden Goldmark herabgesetzt. Im Vergleich zu seinen ursprünglichen Forderungen erleide Frankreich dadurch einen Gesamtverlust von 1007 Milliarden Papierfranken. Außerdem habe der Youngplan die Räumung des besetzten Gebietes nach sich gezogen und zwinge Frankreich, seine neuen Grenzen zu befestigen, was drei Jahre Arbeit und vier Milliarden Franken kosten werde. Alle diese Opfer (?!) habe man ohne Entschädigungen oder Gegenleistungen gebracht. Weiter heißt es in der Denkschrift, daß die französischen Truppen beim Abzug aus dem Rheinlande von der Bevölkerung beschimpft worden seien, und daß man diejenigen Rheinländer, die sich Frankreich gegenüber korrekt benommen hätten, gepeinigt, verwundet und geplündert habe. Die Annäherungspolitik habe somit Schiffbruch erlitten und ebenso, wie die Politik gegenüber Italien die traurigsten Ergebnisse gezeitigt. Die diplomatische Spannung zwischen Frankreich einerseits sowie Deutschland und Italien anderseits sei heute schärfer denn je. Der Verband der Reserveoffiziere wendet sich an Tardieu als Frontkämpfer und Reserveoffizier mit der Forderung, die französische Außenpolitik zu revidieren und die Frankreich aus dem Versailler Vertrag zustehenden Rechte in bezug auf das Saargebiet energisch wahrzunehmen.

*

Es lohnt sich wirklich nicht, sich mit diesem Sammelsurium von Unsinn, den die französischen Reserveoffiziere da angehäuft haben, ernsthaft auseinanderzusetzen; denn jeder Satz und jede einzelne Behauptung ist eine Verdrehung der Wahrheit und als solche jedem Zeitgenossen, der die Geschehnisse mit offenen Augen verfolgt, ohne weiteres erkenntlich. Trotzdem ist diese Denkschrift ein wertvolles Dokument der Zeitgeschichte, denn es zeigt unseren Verständigungsoptimisten und Illusionisten, wie wenig man in Frankreich, auch in den Kreisen, die als gebildet gelten, von Deutschland versteht, wie verblendet der Vernichtungswille dieser Zivil-Militaristen immer noch ist und wie mangelhaft die geistigen Grundlagen einer Verständigung sind. Merkwürdig ist auch die Art, wie Deutschland und Italien als „die Feinde" in einen Topf geworfen werden. So rückständig auf der einen Seite die Anschauungen der französischen Reserveoffiziere sind, so sehr eilen sie auf der anderen den Tatsachen der Gegenwart voraus.

Abschluß der Sammlungsbemühungen

Kein gemeinsamer Wahlaufruf, nur Burgfriede im Wahlkampf

Berlin, 7. August. Die Sammlungsbestrebungen der Deutschen Volkspartei sind am Donnerstag zum Abschluß gekommen.

Um 4½ Uhr empfing Dr. Scholz die Führer der Konservativen Volkspartei, des Landvolkes und der Wirtschaftspartei, um mit ihnen noch einmal die Möglichkeit eines gemeinsamen Wahlaufrufs zu erörtern,

nachdem bereits vorher von den anderen Parteien die Sammlung zu einer Einheitspartei abgelehnt worden war. Dr. Scholz machte den Vorschlag, daß der Wahlaufruf u. a. auch die Notwendigkeit des Zusammengehens der vier Parteien im kommenden Reichstag sowie unter Umständen eine fraktionsmäßige Zusammenarbeit vorsehen solle. Von seiten der Landvolkpartei wurde hierzu erklärt, daß das Landvolk in seiner Organisation noch nicht weit genug sei, um sich so weitgehend politisch und parlamentarisch festlegen zu können. Auch der berufsständische Charakter des Landvolkes wurde als ein Hindernis angesehen. Den gleichen Einwand erhob die Wirtschaftspartei für sich, so daß unter diesen Umständen auch die Konservative Volkspartei erklärte, mit der Deutschen Volkspartei allein einen gemeinsamen Wahlaufruf nicht unterzeichnen zu können. Die Parteien waren aber darin einig, daß die Erreichung eines gemeinsamen Wahlaufrufs erwünscht gewesen wäre und daß nun im Wahlkampfe in dem Sinne verfahren werden muß, daß

unter diesen Parteien der Burgfrieden gewahrt

wird.

Nach diesem Ausgang der Verhandlungen dürfte auch die Aufstellung gemeinsamer Listen hinfällig geworden sein. Weitere Verhandlungen sind nicht in Aussicht genommen.

Die Verhandlungen Koch-Höpker-Aschoff ergebnislos

Um 6 Uhr fand dann die Aussprache zwischen Dr. Scholz und dem Verhandlungsführer der Deutschen Staatspartei, dem preußischen Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff, statt.

Dr. Scholz unterbreitete Dr. Höpker-Aschoff den Vorschlag, die Staatspartei solle in der Deutschen Volkspartei aufgehen unter dem Titel „Deutsche Volkspartei (Staatspartei)".

Dr. Scholz erklärte, daß er bei Annahme dieses Vorschlages persönlich auf jede Führung in der Partei verzichte, um für die Sammlung kein Hindernis zu sein. Dr. Scholz bedauerte, daß die Deutsche Volkspartei mit dem Vorschlage einer solchen Verschmelzung ein erhebliches Opfer bringe, weil sie überzeugt sei, daß die größere Sammlung noch keineswegs erledigt sei, sondern eines Tages sicher zum Erfolg führen werde. Deshalb müsse die Deutsche Volkspartei als solche erhalten bleiben, damit ein Kristallisationspunkt vorhanden sei, an dem auch die Sammlung von weiter rechts her ansetzen könne. Damit begründete Dr. Scholz seine Ansicht, daß die Staatspartei in der Volkspartei aufgehen müsse, und daß der umgekehrte Weg nicht gangbar sei. Dr. Höpker-Aschoff erkannte zwar das persönliche Opfer Dr. Scholz', von der Führung zurückzutreten, an, glaubte aber, diese Form einer Zusammenlegung der Parteien ablehnen zu müssen, weil sie nicht dem Grundsatz der Gleichberechtigung entspreche, der in den bisherigen Vorschlägen von Koch-Weser ausdrücklich unterstrichen worden sei. Außerdem erbat er Erklärung des Verhältnisses zur Sozialdemokratie. Dr. Scholz antwortete mit dem Hinweis auf die koalitionsmäßige Zusammenarbeit der Deutschen Volkspartei mit der Sozialdemokratie; das sei allerdings noch keineswegs eine Gesinnungsgemeinschaft.

Dr. Höpker-Aschoff unterstrich dann noch seinen Standpunkt, daß die Partei, die aus der Verschmelzung der Staatspartei und der Deutschen Volkspartei hervorgehe, in ihrem Charakter unbedingt als Mittelpartei festgelegt werden müsse.

Dr. Scholz lehnte dies nun seinerseits ab, und zwar mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit einer späteren, weiteren Verbindung nach rechts. Damit bleibt nur noch die Feststellung übrig, daß

die Verhandlungen im Augenblick gescheitert

sind. Sowohl die Staatspartei als auch die Deutsche Volkspartei werden den Wahlkampf für sich allein führen. Bei der Führung der Deutschen Volkspartei gibt man die Hoffnung noch nicht auf, daß eines Tages doch noch die von Dr. Scholz angestrebte Sammlung auf breiterer Grundlage zustande kommt.

Beide Parteien, sowohl die Deutsche Volkspartei als auch die Staatspartei, gaben Kommuniqués über diese Besprechungen heraus; aus dem staatsparteilichen geht noch hervor, daß Minister Höpker-Aschoff den Vorschlag machte, die Führung der etwaigen neuen Partei solle bis zur endgültigen Konstituierung Geheimrat Kahl übernehmen, der sowohl das Vertrauen der in der Staatspartei vereinigten Elemente als auch der Volkspartei besitze.

Wie wir erfahren, werden Kommerzienrat Röchling und Abg. Schmelzer morgen früh aus dem Saargebiet in Berlin erwartet. Die Aufgabe, die die Herren sich gestellt haben: den ehrlichen Makler zwischen der Deutschen Volkspartei und der Deutschen Staatspartei zu spielen, ist aber bereits überholt. Es kann sich also nur noch um eine rein persönliche Aussprache handeln, bei der praktische Ergebnisse nicht mehr herauskommen können.

König Feisal nach Berlin abgereist

London, 7. August. König Feisal vom Irak ist heute abend von London nach Berlin abgereist. Am Bahnhof hatten sich zur Verabschiedung der türkische Botschafter, der deutsche Geschäftsträger Dr. Dieckhoff und der britische Oberkommissar in Bagdad, Francis Humphrys, eingefunden. Der Agentur Reuter zufolge erklärte der König vor seiner Abfahrt, er werde einige Tage in Deutschland bleiben und sich dann nach Paris und später noch nach der Schweiz begeben, bevor er im September nach Bagdad zurückkehre.

Tee-Empfang beim Reichspräsidenten. Der Reichspräsident gab am Donnerstagnachmittag im Garten seines Hauses einen Tee für die Mitglieder des Diplomatischen Korps mit ihren Damen.

Naturgrenzen geistiger Bildung

Der Dresdner Stadtschulrat Dr. W. Hartnacke veröffentlicht soeben ein überaus verdienstliches Werk über „Naturgrenzen geistiger Bildung".* Es wird — dessen ist sich der Autor selbst bewußt — in einem großen Teil der pädagogischen Fachpresse einen Sturm des Widerspruchs und der Entrüstung entfachen, vor allem in demagogischen, „volksfreundlichen" Kreisen, denn es hat sich die undankbare, aber notwendige Aufgabe gestellt, selbstgeschaffene Illusionen zu zerstören und „das Augenmerk darauf zu richten, daß wir im Zuge sind, alles zu tun, um durch ein falsches und übersteigertes Schul- und Berechtigungswesen den geistigen Erbbestand schwer zu schädigen und uns so von innen heraus zugrunde zu richten". Gerade deswegen, weil es sich hier nicht nur um eine nüchterne Fachangelegenheit handelt, sondern um heiß umstrittene Lebensfragen der Nation, geht aber das Buch uns alle an.

Hartnacke geht von der selbstverständlichen, aber allzu oft übersehenen Tatsache aus, daß es „Naturgrenzen geistiger Bildung" gibt, daß kein Erzieher, auch kein gottbegnadeter, aus „unbegabt" „begabt" machen kann; und er weist mit Nachdruck darauf hin, daß die „Streuung" der Begabten, d. h. ihre Verteilung auf die verschiedenen Stände und Klassen, keineswegs gleichmäßig ist, sondern daß die sogenannten gehobenen Schichten, die geistigen und verantwortungsvollen Berufsstände auch den für geistige Bildung fähigsten Nachwuchs haben. Diese Tatsache kann auch von linksgerichteten Schulpolitikern nicht geleugnet werden, nur hat man sich da eine Theorie zurechtgemacht, die diese einem gewissen Massenmenschentum peinliche Einsicht beschönigen soll: man sagt, das „Milieu" sei an allem schuld, die Begabung an sich sei überall gleichmäßig, nur das gute und schlechte Milieu, der materielle Wohlstand oder die Not der Eltern schüfen die Unterschiede des Erfolges. Das erste große Verdienst des Hartnackeschen Buches liegt nun in dem ganz lückenlosen, unangreifbaren Nachweis, gestützt auf ein überreiches Material an Statistiken und Erfahrungen, daß diese Theorie falsch ist, daß zwar ohne Zweifel das Milieu Einflüsse ausübt, daß sich aber die wahre Begabung allen Widerständen zum Trotz durchsetzt und der geistig Schwache auch im Wohlstand verkümmert. Der vorliegende Tatbestand, daß im Durchschnitt der geistig tätige und geistig erfolgreiche Berufsstand den befähigsten Nachwuchs hat, ist ja auch weiter gar nicht verwunderlich, wenn man nicht die Vererbung geistig-seelischer Anlagen von vornherein abstreitet und zugibt, daß die Führerschicht bereits eine gute Auslese darstellt.

Wenn man das einsieht, erkennt man auch, daß der Glaube, ungezählte Scharen Hochbegabter aus Arbeiterkreisen gelangten nicht zu „höherer Bildung", ein Aberglaube ist, zum mindesten eine falsche und überständige Verallgemeinerung. Man wird dann nicht mehr die Losung ausgeben: Noch mehr Arbeiterkinder in die Hochschulen!, sondern: Viel weniger Studenten in die Hochschulen!

Damit kommt der Autor zu den Grundsätzen der Begabtenauslese und den Mißständen des Berechtigungswesens. Er zeigt das ganze Elend, das in dem falschen Streben unserer Zeit nach möglichst „hoher" Bildung begründet ist. Da nun einmal die „Naturgrenzen geistiger Bildung" eng gezogen sind, schafft ein widernatürliches Sprengenwollen solcher Grenzen Qual für das einzelne, nicht hochbegabte Individuum und eine Inflation, eine Entwertung der Bildungsgüter für die gesamte Nation. Eine populäre Talmibildung greift Platz, Todfeind aller wahren Kultur; die natürliche Ordnung zwischen Führern und Geführten schwindet dahin, aus dem organisch gegliederten Volk wird eine Masse ohne Führung und ohne Ziel.

Das ist das letzte Ende all der volksbeglückenden Reformen, die an den harten Tatsachen vorbeisehen. Schon eine flüchtige Ueberlegung zeigt ja, daß die Schulen, die wirklich aus Dummköpfen Gelehrte in beliebiger Zahl produzieren könnten, ein Danaergeschenk für das Volk wären — und es bis zu

* Dr. Wilhelm Hartnacke, Naturgrenzen geistiger Bildung. Inflation der Bildung — Schwindendes Führertum — Herrschaft der Urteilslosen. Verlag Quelle & Meyer, Leipzig, 1930.

Heute:
Der D.N.-Kraftfahrer
Seite 15 und 16